



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Naiga Ngawanzu

Telefon: (0221) 221 22928

Fax: (0221) 221 25501

E-Mail: naiga.ngawanzu@stadt-koeln.de

Datum: 07.06.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 26.04.2022, 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Jörg Detjen	DIE LINKE
Hans Schwanitz	GRÜNE
Sven Kaske	SPD
Christine Seiger	GRÜNE
Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Malik Karaman	Auf Vorschlag der SPD
Mario Michalak	GRÜNE Vertretung für Ralf Klemm
Erika Oedingen	SPD
Martin Erkelenz	CDU
Claudia Heithorst	CDU
Werner Marx	CDU
Volker Görzel	FDP
Sven Maier	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Matthias Büschges	AfD
Thomas Geffe	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Marvin Simon	Auf Vorschlag von CDU
Philipp Juchem	Auf Vorschlag von Volt
Peter Jüde	Auf Vorschlag von GUT Köln

Rechnungsprüfungsamt

Sven Genseke
Christian Szymanski
Naiga Ngawanzu

Elisabeth Wolf

Verwaltung

Stadtdirektorin Andrea Blome	Dez. I
Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert	Dez. II
Beigeordneter Ascan Egerer	Dez. III
Dr. Matthias Albers	534
Wolfgang Behrisch	26
Regina Fock	30
Heike Gödderz	202
Xenia Honrath	30
Dr. Christian Miller	37
Guido Motter	01/1
Rainer Straub	23
Bernd Streitberger	46 – Sanierung
Patrick Wasserbauer	46

Es fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Ralf Klemm GRÜNE

Beratende Mitglieder

Derya Karadag GRÜNE
Monika Möller Auf Vorschlag von SPD
Peter Heumann Auf Vorschlag von LINKE
Lisa Otto Auf Vorschlag von FDP

Vor der Eröffnung begrüßt der Vorsitzende des Ausschusses Jörg Detjen alle Anwesenden zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie sollte die Sitzungsdauer des Rechnungsprüfungsausschusses so kurz wie möglich gehalten werden.

Entsprechend der von 01/1/2 - Kommunalverfassungsrecht, Sitzungsdienst und Ratsinformationsdienst der Stadt Köln empfohlenen Maßnahmen, wurde den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses die Möglichkeit eingeräumt Anfragen, Fragen und Nachfragen zu Vorlagen zur schriftlichen Beantwortung durch die Verwaltung einzureichen.

Es ergibt sich folgende Zusetzung zur Tagesordnung:

- 6.1 Sachstandsmitteilung zu Aufgabenerfüllung und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ)
Rechnungsprüfungsausschuss 15.03.2022, TOP 5.1
1271/2022

Jörg Detjen schlägt vor, TOP 13.7 für die nächste Sitzung zurückzustellen sowie TOP 13.5 zu diskutieren und für die nächste Sitzung wiedervorzulegen.

Werner Marx regt an TOP 2.3 ebenfalls in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss verabschiedet die geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Kündigung des Stahlbauers beim MiQua
Anfrage von Sven Kaske
Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 8.3
0753/2022

2.2 Testzentren
Anfrage von Werner Marx
Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 8.1
0856/2022

2.3 Mitteilungen an die Finanzverwaltung
Anfrage von Werner Marx
Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 8.2
1142/2022

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsmitteilung zu Aufgabenerfüllung und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ)
Rechnungsprüfungsausschuss 15.03.2022, TOP 5.1
1271/2022

- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 8 Anfragen**
- 9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz -
Stand: 28.02.2022
0981/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 13 Beschlussvorlagen**
- 13.1 Prüfung der Abrechnung notärztlicher Honorare im Rettungsdienst bei 37 - Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
4365/2021
- 13.2 Prüfung der Dokumentation von Vergaben in der elektronischen Vergabeassistentz (eVa) bei den Ämtern 64, 66 und 69
0873/2022
- 13.3 Alternative Betriebsformen bei 66/Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
1029/2022
- 13.4 Prüfbericht Erlaubniserteilung im Bereich Maklerwesen bei 32 - Amt für öffentliche Ordnung
1088/2022
- 13.5 Prüfbericht Anmietung einer Liegenschaft in der Leonhard-Tietz-Str. 1, 3 und 5
1164/2022
- 13.6 Nutzung und Pflege der Unternehmensdatenbank im Bereich der registrierten Handwerkerfirmen
1178/2022

- 13.7 Prüfbericht Gewährung von Sportstättenunterhaltungsbeihilfen an Sportvereine bei 52 - Sportamt (2022)
1203/2022

14 Sachstandsberichte zu Prüfungen

- 14.1 Prüfbericht Übertragung von Haushaltsermächtigungen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung NRW
0743/2022

15 Mitteilungen

- 15.1 Prüfbericht Prüfung der Abwicklung des Zahlungsverkehrs über Schulgirokonten
Frage von Monika Möller
Rechnungsprüfungsausschuss 07.12.2022, TOP 14.2
0629/2022

- 15.2 Mitteilung zum Gesamtkomplex "Greensill"
Rechnungsprüfungsausschuss 14.09.2021, TOP 15.16
0854/2022

- 15.3 Mitteilung über die Mietverhältnisse am Großmarkt Köln
Nachfrage von Werner Marx
Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 15.8
0834/2022

- 15.4 Überprüfung der Honorar- und Dienstverträge bei 5110 - Familienberatung
Frage von Hans Schwanitz
Rechnungsprüfungsausschuss 02.11.2021, TOP 15.3
0991/2022

16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

17 Anfragen

- 17.1 Dienstvereinbarung zum Datenschutz bei mobilem oder alternativem Arbeiten
- 17.2 stadtinterne Befragung zu dem Ergebnis der Verwaltungsreform
- 17.3 Autonomes Zentrum

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Kündigung des Stahlbauers beim MiQua Anfrage von Sven Kaske Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 8.3 0753/2022

Sven Kaske erfragt, ob es aufgrund der Kündigung des Stahlbauers Ausschreibungen geben werde, die weiterhin zu Zeitverzögerungen führen. Weiterhin möchte er wissen, wer die Vorhaltekosten des Landschaftsverbandes (LVR) übernimmt, die aufgrund der Zeitverzögerung entstanden sind. Es gebe das Gerücht, dass der LVR die Zusammenarbeit aufkündigen wolle. Sollte dem so sein, bittet er um Auskunft, welche Maßnahmen die Stadt Köln trifft, um dem entgegenzuwirken. Zudem bittet er um Information, ob die Ausschreibung eines neuen Stahlbauers auch Auswirkung auf andere Ausschreibungen der Stadt Köln hat.

Wolfgang Behrisch erläutert, dass es ein Projekt der Gebäudewirtschaft sei. Es sei davon auszugehen, dass die neuen Verträge mit dem Stahlbauer nach den Sommerferien geschlossen werden. Die Verträge mit den 13 Gewerken, die im Anschluss beauftragt werden müssen, werden auch erst dann geschlossen. Erst zu dem Zeitpunkt kann eine Aussage über die Zeitpläne getroffen werden.

Bezüglich der Vorhaltekosten liege ihm die Information vor, dass es einen Mietvertrag gebe, der auch weiterhin Bestand habe. Das Gerücht über eine mögliche Aufkündigung des LVR sei ihm nicht bekannt, er werde jedoch verwaltungsintern nachfragen.

Jörg Detjen führt aus, dass der LVR seit 2021 zahlreiches Personal bereit stelle und nicht arbeiten könne. Inwieweit sei in der Verwaltung darüber diskutiert worden, ob ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden müsse.

Prof. Dr. Dörte Diemert erklärt, dass die Wahrung der finanziellen Interessen des LVR originär den Vertreter*innen des LVR obliege, während die Stadt Köln genau darauf achte, welche eigenen Verpflichtungen bestehen. Die Verzögerungen beim Stahlbau bedeuten erhebliche Mehrkosten seitens der Stadt Köln, die auch von der Stadt selbst zu tragen sind. Deshalb würde das Projekt sehr aufmerksam begleitet und wirklich nur die Maßnahmen ergriffen werden, die notwendig seien.

Bezüglich der Nutzung der MiQua sei man in einem sehr intensiven Austausch mit dem LVR gewesen. Der LVR habe Interesse daran bestimmte Teilbereiche möglichst zügig nutzen zu können, insbesondere unter pädagogischen Gesichtspunkten. Rein finanziell profitiere der LVR momentan von den Verzögerungen, da die laufenden Kosten des Museums nach der Kostenteilungsregelung zwischen Land und Stadt beim LVR lägen. Gleichwohl momentan kein finanzieller Schaden entstehe, sei das politische Ziel, selbstverständlich schnell eine Eröffnung zu ermöglichen. Prof. Dr. Dörte Diemert bekräftigt, dass man sich im konstruktiven Austausch befinde und die Entscheidungen von beiden Seiten mitgetragen würden.

Auswirkungen auf andere Ausschreibungen der Stadt Köln seien momentan nicht erkennbar, äußert sich Wolfgang Behrisch.

Jörg Detjen schlägt vor, die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln, wenn Markus Greitemann direkt für Fragen zur Verfügung steht.

Sven Kaske unterstützt den Vorschlag.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung mit erneuter Wiedervorlage zur Kenntnis.

2.2 Testzentren

Anfrage von Werner Marx

Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 8.1

0856/2022

Die folgenden Fragen von Werner Marx zur schriftlichen Beantwortung durch die Verwaltung sind eingegangen:

- „1) Wie erfolgt die Vergabe der Genehmigung bei Vorliegen der Voraussetzungen?
Nach Eingang?
- 2) Wie viele Anträge auf Durchführung einer Teststelle wurden bisher gestellt?
Wie viele davon wurden genehmigt?
- 3) Wie oft erfolgen die Kontrollen?
- 4) Gibt es Antragsteller die mehrere Genehmigungen erhalten haben?
Wenn ja, wie viele Antragsteller mit wieviel Teststellen?
- 5) Wie vielen Betreibern wurden bisher die Genehmigungen entzogen?
- 6) Bei wie vielen Betreibern wurden Mängel festgestellt?
- 7) Muss das Betreiben einer Teststelle gewerberechtlich angemeldet werden?
Wenn nein, warum nicht?“

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.3 Mitteilungen an die Finanzverwaltung

Anfrage von Werner Marx

Rechnungsprüfungsausschuss 01.02.2022, TOP 8.2

1142/2022

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt**.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anfragen vor.

5 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsmitteilung zu Aufgabenerfüllung und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) Rechnungsprüfungsausschuss 15.03.2022, TOP 5.1 1271/2022

Die Vorlage beinhalte eine Sachstandsmitteilung zur Aufgabenerfüllung und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), erläutert Jörg Detjen. In der letzten Sitzung sei eine Beschlussvorlage zum Ausbau der SPZ behandelt worden. Die Verwaltungsvorlage sei seiner Ansicht nach unkonkret gewesen, doch der Rat habe dennoch den Beschluss gefasst.

Jörg Detjen regt an die Vorlage in die nächste Sitzung schieben, da zu dem Zeitpunkt der Haushaltsplanentwurf vorliege und die Verwaltung konkret wisse, ob es im Haushaltsplan berücksichtigt werde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung mit erneuter Wiedervorlage zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 28.02.2022 0981/2022

Bernd Streitberger entschuldigt seine Abwesenheit in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Er erklärt, dass die Baustelle in allen Bereichen Fortschritte mache. Im Februar habe es erste Hinweise auf konkrete Lieferprobleme gegeben. Bei Passstücken für Stromschienen habe sich die Lieferzeit von drei Monaten auf neun Monate erhöht, weshalb zwischenzeitlich Provisorien aus Aluminium genutzt würden. Auf den Ersatz der Provisorien durch die vorgesehenen Produkte werde geachtet.

Aufgrund des Denkmalschutzes des Gebäudes seien sehr hohe Ansprüche an die Qualität der Bodenbeläge gestellt worden. Bei den Vergabekriterien wurde demzufolge nicht nur der Preis, sondern auch die Herangehensweise an die Aufgabe, in Bezug auf den Denkmalschutz, bewertet. Darauf folgte eine Vergaberüge, der nicht abgeholt

fen werden konnte, wodurch sich eine Vergabebeschwerde, vor der Vergabekammer, ergab. Die Vergabekammer habe sich eine Frist bis zum 30.06.2022 eingeräumt. Sollte das Verfahren nicht durch die Vergabekammer geklärt werden können, käme es zu zeitlichen Verzögerungen.

Im Februar sei es zu einer Kostensteigerung um fast 800.000 Euro bei den prognostizierten Kosten gekommen.

Weiterhin berichtet Bernd Streitberger über eine Insolvenz in Eigenverantwortung bei dem Unternehmen, was für die Mediengestaltung des gesamten Opernhauses und der Kinderoper beauftragt worden sei. Das Unternehmen habe Nichterfüllung gewählt.

Es habe ein Angebot unterbreitet, jedoch mit 100 % Kostensteigerung. Man sei in der Prüfung dieses Angebotes und in der Prüfung von Alternativen. Zwei Mitarbeitende seien heute auf einer Messe in Frankfurt, um Alternativen ausfindig zu machen.

Philipp Juchum führt aus, dass im Januarbericht diverse Diebstähle thematisiert wurden. Er bittet um Auskunft, welche konkreten Gegenmaßnahmen getroffen worden seien, wie groß der Umfang der Diebstähle sei und wer das Risiko der abhanden gekommenen Gegenstände trage.

Erika Oedingen möchte erfahren, ob die Ausschreibung der Baulogistik mittlerweile erfolgt sei. Weiterhin erfragt Sie den aktuellen Sachstand bezüglich der Mängelbeseitigung in Bezug auf die Hygieneanforderungen der Kanäle. Die Mängelbeseitigung sollte ursprünglich bis Ende März erfolgt sein.

Bernd Streitberger erläutert, dass Diebstähle auf Baustellen grundsätzlich nichts Ungewöhnliches seien. In einem Fall seien jedoch fast 200 Meter Kabel gestohlen worden mit einem Kupfergewicht 700 kg. Es müsse sich um Profis gehandelt haben, die das Kabel auf der Baustelle mit einer Hydraulikpresse zersägt hätten, eingeladen und damit die Baustelle verlassen hätten.

Bei Diebstählen seien grundsätzlich die beauftragten Unternehmen die Geschädigten, da sie, solange die Abnahme noch nicht erfolgt sei, für die Gewährleistung zuständig seien und somit auch für den zufälligen Untergang und Diebstahl. Die Unternehmen hätten Strafanzeige gestellt.

Durch den erheblichen Diebstahl von Material aus den Altmittelcontainern, sei die Stadt selbst geschädigt worden, weshalb hier Strafanzeige durch die Stadt gestellt wurde.

Bezüglich getroffenen Gegenmaßnahmen führt er aus, dass die Baulogistik Überwachungsaufgaben habe. In den Bereichen in denen die Diebstähle stattfanden, seien jedoch die Kameras ausgefallen. Er wolle keine Spekulationen aufstellen, so Bernd Streitberger, doch der Zusammenhang mache stutzig.

Das sei einer der Gründe für die Entscheidung den Vertrag mit der Baulogistik auslaufen zu lassen und die Neuausschreibung für die Logistik sei erfolgt. Submission war für den 25.04. 2022 vorgesehen, sei jedoch auf Bieteranfrage bis zum 03.05.2022 verlängert worden.

Es seien 192 Bieterfragen gestellt worden, die am Gründonnerstag von ihm und einigen Mitarbeitenden abgearbeitet worden seien. Das zeige jedoch auch das große Interesse, sodass der Auftrag voraussichtlich zum 01.10.2022 neu vergeben werden könne.

In den letzten Monaten sei immer wieder über das Thema Schächte und Kanäle informiert worden in Bezug auf die Dichtigkeit und Hygiene. In Bezug auf die Dichtigkeit, sei die Problematik im März abgeschlossen worden. Es werde keine zeitliche Verzö-

gerung dadurch eintreten. Bezüglich der Hygiene habe man die Probleme identifiziert. Die Lösung seien Beschichtungen in den Kanälen. Die Ausführungen würden durch einen Sachverständigen des TÜV begleitet, der bestimmte Anforderungen an die Beschichtungsarbeiten stelle. Bis jetzt habe erst ein Unternehmen eine Musterbeschichtung angebracht. Die Beschichtung solle jedoch auch unter Wettbewerb gestellt werden. Daher wolle man noch weitere Unternehmen einladen eine Musterbeschichtung durchzuführen, da die Arbeit ansonsten nicht von den Wettbewerbern kalkuliert werden könne. Die Arbeit sei sehr aufwendig und insbesondere durch die Verjüngung der Kanäle müsse die Arbeit mit Robotern und Lanzen verrichtet werden.

Nach Abschluss der Musterarbeiten werde ein Leistungsverzeichnis erstellt. Noch offen sei, ob es öffentlich ausgeschrieben werde oder ob es als Nachtragsauftrag, eines bereits auf der Baustelle arbeitenden Gewerkes, erteilt werde. Mit dem Monatsbericht April würde die Lösung präsentiert.

Sven Maier erfragt, ob es wegen des gestörten Vertrauensverhältnisses in die Bausicherheit, aufgrund von Verdachtsmomenten, eine Zwischenlösung beziehungsweise weitere Sicherung bis zur Übernahmen eines anderen Unternehmens gebe.

Bernd Streitberger führt aus, dass es mit dem Unternehmen eine Vereinbarung, zur Durchführung der Arbeiten, bis zum 30.09.2022 gebe. Die Containeranlage, die von dem Unternehmen bezogen wird, werde auch weiterhin genutzt, da die Aufstellung einer neuen Containeranlage aus ökologischen Gründen nicht sinnvoll sei. Demzufolge sei man auch in Zukunft noch mit dem Unternehmen verbunden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. Jörg Detjen
Ausschussvorsitzender

gez. Naiga Ngawanzu
Schriftführerin